

Newsletter 01/2016



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Azize Tank, MdB

Sprecherin für Soziale
Menschenrechte

www.azize.tank.de

Bundestag

Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Informationen

Veranstaltungen und Termine

Impressum

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich wünsche Ihnen allen ein gutes und
erfolgreiches Jahr 2016!

Hinter uns liegt ein bewegtes Jahr 2015, das auf der einen Seite gekennzeichnet war durch viele Konflikte, die viele Menschen zur Flucht bewegten und auf der anderen Seite durch große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten. Ich möchte mich bei den Helferinnen und Helfern herzlich bedanken und an Sie alle appellieren, sich weiterhin für eine Willkommenskultur stark zu machen. Für mich besteht kein Zweifel daran, dass die Menschen, die jetzt zu uns kommen, eine große Bereicherung für uns alle sind!

Viele Menschen benötigen in dieser Zeit unsere Unterstützung. Geflüchtete brauchen eine sichere und menschenwürdige Unterbringung und medizinische Versorgung. Von Armut bedrohte und erwerbslose Menschen brauchen gute Arbeit und bezahlbaren Wohnraum. Kinder und Jugendliche benötigen eine gute Bildung und berufliche Perspektive, völlig unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft. Alle Menschen, egal ob Geflüchtete oder Einheimische, haben materielle, soziale und kulturelle Bedürfnisse, die ihnen eine so reiche Gesellschaft wie die unsere nicht vorenthalten darf. So wie in den Jahren zuvor, werde ich mich auch 2016 im Bundestag mit aller Kraft für soziale Menschenrechte stark machen, die garantieren sollen, dass für jeden einzelnen Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht wird.

Auch im Jahr 2016 werden wir wieder für unsere Demokratie kämpfen müssen, nicht nur um unsere offene Gesellschaft gegen fremdenfeindliche und rassistische Kräfte zu verteidigen, sondern auch gegen weitere Einschränkungen unserer Freiheitsrechte und Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen im Namen des „Kampf gegen den Terrorismus“. Terrorismus lässt sich nicht durch Krieg bekämpfen, sondern er entsteht erst durch Krieg. Deshalb hoffe ich, dass die vielen weltweiten Konflikte nunmehr mit kluger Diplomatie und nicht mit roher Waffengewalt angegangen werden. Sie können sich darauf verlassen, dass wir, die Fraktion DIE LINKE im Bundestag weiterhin geschlossen gegen völkerrechtswidrige Auslandseinsätze der Bundeswehr und für den Stopp von Waffenexporten stimmen werden.

Das neue Jahr gibt noch weiteren Anlass zur Hoffnung. Im Herbst haben Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, die Wahl, was für einen Senat sie haben wollen. Einen Senat, der Bürgerbeteiligung und Volksbegehren begrüßt statt bekämpft. Einen Senat, der sich konsequent für bezahlbare Mieten einsetzt. Einen Senat, der einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten sicherstellt. Einen Senat mit einer starken Linken!

Trotz aller Sorgen sollten wir in diesem Jahr aber auch nicht vergessen, das Leben zu genießen. Unser wunderschöner Bezirk Tempelhof-Schöneberg bietet alle Möglichkeiten für kulturelle Erlebnisse, Erholung, kulinarische Genüsse und vieles mehr. Dazu gehören auch die vielen interessanten Veranstaltungen, die in unserem Bezirk stattfinden. Auch in meinem Wahlkreisbüro und in der Roten Insel finden viele Veranstaltungen statt. Ich freue mich darauf, dort viele von Ihnen im Laufe des Jahres begrüßen zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Azize Tank

Aus dem Bundestag

Verantwortung übernehmen- Erinnerungs- und Gedenkarbeit in den Gedenkstätten der ehemaligen deutschen Vernichtungslagern Sobibor und Belzec



Foto: Maciej Mikulski

Während der sog. „Aktion Reinhardt“ haben Deutsche zwischen Juli 1942 und Oktober 1943 planmäßig über zwei Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma sowie ihre Familienangehörigen in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor und Belzec ermordet. Nach einer erfolgreichen Selbstbefreiung der Häftlinge aus dem Vernichtungslager Sobibor versuchten die Nazis die Spuren ihrer Mordstätten zu beseitigen. Umso wichtiger ist es die Erinnerung an das Leiden der Opfer, ihre Lebensgeschichten und

ihren Widerstand und die Benennung der verantwortlichen Täter, zu bewahren und für zukünftige Generationen zu sichern.

Durch neue archäologische Ausgrabungen gelang es die Lokalisierung der Gaskammern in Sobibor genauer zu bestimmen und zahlreiche persönliche Gegenstände von Opfern zu entdecken. Lange hat sich die Bundesregierung vor der Übernahme der Verantwortung für diese Orte gedrückt.

Azize Tank bemüht sich seit 2014 im Unterausschuss Auswärtige Bildungs- und Erinnerungspolitik (UAKB) um die Gewährleistung einer langfristigen Bildungs- und Erinnerungsperspektive an den Gedenkortern Sobibor und Belzec. Dank der Bemühungen der Abgeordneten gelang es im Sommer 2015 einige der persönlichen Gegenstände der Opfer, die Archäologen in Sobibor entdeckt haben, in einer Ausstellung im Lichthof des Auswärtigen Amtes in Berlin zu präsentieren.

Um sicherzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland einen substanziellen Beitrag leistet, um die bestehenden Gedenkort e ehemaliger deutscher Vernichtungslager langfristig für die Bildungs- und Begegnungsarbeit zu nutzen, erarbeitete die Abgeordnete -nach vorheriger Rücksprach mit erinnerungspolitischen Akteuren- im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik einen Haushaltsantrag in Höhe von 2 Millionen Euro zur Finanzierung konkreter Erinnerungs-Maßnahmen, wie die Sanierung und Erschließung der ehemaligen Kommandantur Belzec, des Neubaus der Gedenkstätte Sobibor oder auch Forschung am Deutschen Historischen Institut (DHI) in Warschau. Dazu erklärte Azize Tank: „Die Erinnerungs-Arbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Kampf gegen das Vergessen, auch und insbesondere angesichts des hohen Alters der Überlebenden der Shoah bedeutet nicht nur die Übernahme historischer Verantwortung, sondern auch der Verantwortung um die soziale Sicherheit, der ehemaligen Ghetto-Beschäftigten, Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und ehemaliger antifaschistischen Widerstandskämpfer. Dafür tragen wir alle eine gemeinsame Verantwortung. Ich bin glücklich, einen Teil dazu beigetragen zu haben, dass junge Menschen in Europa die Geschichte dieser Orte nun erfahren können. Dank der Weitergabe der Erinnerung an kommende Generationen gewährleisten wir, dass die Nazis mit dem Versuch der Vertuschung ihrer Verbrechen nicht durchkommen.“

Zurück zum Anfang

Doppelstandards beenden – Fakultativprotokoll des UN-Sozialpakts ratifizieren!

Vor rund acht Jahren, gaben die Vereinten Nationen das Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt zur Ratifizierung frei, passiert ist seitdem hierzulande jedoch praktisch nichts. Der UN-Sozialpakt, der die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte garantiert, stammt bereits aus dem Jahr 1966 und wurde 1973 von der Bundesregierung ratifiziert.

Das Fakultativprotokoll von 2008 soll dazu beitragen, die Sozialen Menschenrechte rechtlich gleichwertig neben den zivilen und politischen Menschenrechten zu verankern. Es ermöglicht Individuen, sich beim UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu beschweren, falls diese Ihre Sozialen Menschenrechte verletzt sehen und kann auf diese Weise die Umsetzung Sozialer Menschenrechte weltweit besser fördern.

Dieses Fakultativprotokoll kam auch durch Unterstützung der Bundesrepublik zustande, umso weniger verständlich ist es, dass diese es bis heute nicht ratifiziert hat. Zum einen schadet diese Doppelmoral dem internationalen Ansehen Deutschlands und zum anderen sendet es das Signal an andere Länder, dass diese sich ebenfalls nicht um eine Ratifizierung dieses wichtigen Abkommens bemühen müssten.

Nach mehr als acht Jahren Prüfungszeit, gibt es immer noch keine Bewegung dahingehend das Fakultativprotokoll zu unterzeichnen, sondern weiteren, jedoch unklaren Prüfungsbedarf, wie die Antwort auf eine [schriftliche Frage](#) der Bundestagsabgeordneten Azize Tank zeigt. Deshalb war es wichtig, als Opposition die Initiative zu ergreifen und einen Antrag einzubringen, um die überfällige Ratifizierung wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

[Antrag - Doppelstandards beenden - Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt zeichnen und ratifizieren](#)

[Zurück zum Anfang](#)

Verwirrung um Besteuerung von Ghetto – Renten

Überlebende Ghetto-Beschäftigte aus Polen beklagten bislang, dass bei der Überweisung von Ghetto-Renten nach dem ZRBG es immer wieder zu Problemen gekommen ist. So zogen mehrere Bankinstitute in Polen entgegen einem deutsch-polnischen Abkommen zur Doppelbesteuerung, eine Vorauszahlung für die Einkommensteuer in Höhe von 18%. Dies schmälerte spürbar die ohnehin karg ausfallende Ghetto-Rente. Hintergrund war, dass die Überweisungen der DRV nicht als Leistungen, die im Zusammenhang mit der NS-Verfolgung stehen, deklariert worden sind.

Nach einer Intervention der Abgeordneten Tank bestätigte das BMAS Ende September in einer Antwort auf die [Schriftliche Fragen Nr. 145](#), dass „Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) den in Polen lebenden Berechtigten von Amts wegen schriftlich bestätigen wird, dass es sich bei den Renten nach dem ZRBG um Leistungen handelt, die aufgrund von NS-Verfolgung gezahlt werden“.

[Zurück zum Anfang](#)

Aus Berlin

Schmargendorfer Mieter wehren sich gegen energetische Sanierung



Azize Tank besucht den Schmargendorfer Mieterprotest. Foto: eigenes Foto

Über einhundert Mietparteien wehren sich in Charlottenburg-Wilmersdorf gegen energetische Sanierungsmaßnahmen der Wohnungsbaugesellschaft Vonovia. Der Vorwurf: Die Dämmung der Fassade und der Einbau neuer Fenster brächten kaum Energieeinsparung und verringerten die Wohnqualität. Trotzdem soll die Miete aufgrund der Sanierungsmaßnahmen erheblich steigen. Viele Bewohner könnten sich ihre Wohnung dann nicht mehr leisten.

Nach der Mietrechtsreform der großen Koalition aus dem Jahr 2013 sieht das Gesetz bei energetischen Sanierungsmaßnahmen für die Mieter weder die Möglichkeit der Mitsprache, noch der Mietminderung bei Beeinträchtigung der Wohnqualität durch die Baumaßnahmen vor. Trotzdem organisierten sich die Mieter, weil sie der Auffassung sind, dass Die Kosten für die energetischen Sanierungsmaßnahmen in keinem Verhältnis zur Energie- und Kosteneinsparung stehen. Nun konnte zumindest ein vorübergehender Baustopp erwirkt werden.

Die Bundestagsabgeordnete Azize Tank unterstützt den Mieterprotest dabei, eine sozialverträgliche und finanziell wie ökologisch sinnvolle Lösung zu erreichen. Am 5. Januar fand zu diesem Zweck bereits das zweite gemeinsame Treffen im Wahlkreisbüro von Azize Tank in der Grunewaldstraße 73 statt.

Zurück zum Anfang

Aus Tempelhof-Schöneberg

Angemessenes Wohnen ist ein Menschenrecht, auch aber nicht nur für Geflüchtete.



Besuch der Notunterkunft im ehemaligen Flughafen Tempelhof. Foto: Eigenes Foto

Die Flüchtlingssituation hat unseren Bezirk Tempelhof-Schöneberg vor einige Herausforderungen bezüglich der Unterbringung gestellt. Die eigentlichen Probleme hat unserem Bezirk in dieser Angelegenheit jedoch der Senat durch sein katastrophales Management aufgebürdet.

Im den vergangenen beiden Jahren habe ich viele Flüchtlingsunterkünfte in Tempelhof-Schöneberg besucht, um mir vor Ort ein Bild über die Zustände zu machen. Neben den Notunterkünften im Flughafen-Tempelhof, in der Colditzstraße, in Marienfelde, in der ehemaligen Teske-Schule und im Hotel Berolina in Charlottenburg Wilmersdorf, machte ich mir auch ein

Bild von Gemeinschaftsunterkünften, z.B. in Marienfelde. Leider ist es zur Regel geworden, dass das LaGeSo Unterkünfte eröffnet, die nicht über grundlegende Infrastruktur verfügen wie im Flughafen Tempelhof. Dort fehlen Duschen, Toiletten, Möglichkeiten Wäsche zu waschen, Rückzugsräume und vieles mehr. Laufende Arbeiten können nicht durchgeführt werden, weil sich das LaGeSo im Zahlungsrückstand befindet. Dabei kam die jetzige Situation nicht so unerwartet, wie es häufig dargestellt wird. Schon im letzten Jahr reagierte Senator Czaja nicht in ausreichendem Maße auf steigende Flüchtlingszahlen.

Grundsätzlich bin ich für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten. Sammel- und Massenunterkünfte gewährleisten keine menschenwürdige Unterbringung. Zu wenig Platz und mangelnde Privatsphäre stellen zusätzliche psychische Belastungen für ohnehin häufig traumatisierte Menschen dar. Aufgrund der Tatsache, dass in solchen Unterkünften auch enorme Ausgaben für Sicherheit, Catering und Reinigung anfallen, ist die Frage mehr als berechtigt, wo genau der Senat die Vorteile in der Sammelunterbringung von Geflüchteten sieht. Man könnte denken, hier geht es nicht um die bestmögliche Versorgung geflüchteter Menschen, sondern um Maßnahmen, die der Abschreckung dienen.

Das Argument, dass nicht genügend privater Wohnraum zur Verfügung stehe, lasse ich nicht gelten. Viele Wohnungen werden als Ferienwohnung vermietet oder stehen als Spekulationsobjekte leer, weil man leerstehende Wohnungen und Häuser zu einem höheren Preis verkaufen kann. Viele Wohnungen werden, am tatsächlichen Bedarf vorbei, luxussaniert. Diese Umstände haben auch schon in den Jahren zuvor für rasant steigende Mieten gesorgt. Die von der großen Koalition beschlossenen Regeln zur energetischen Sanierung erleichtern solche Luxussanierungen erheblich. Als ob dies noch nicht genug wäre, versucht der Bund seine nicht genutzten Häuser in Berlin an den höchstbietenden Investor zu verkaufen, anstatt sie als Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen, so geschehen in der Großgörschenstraße in Schöneberg-Nord.

Es ist jetzt an der Zeit, wirksame Gesetze zu erlassen, die bezahlbaren Wohnraum auch für Einkommensschwache sicherstellen, zum Beispiel in Form eines Leerstandsverbots und einer Mietpreisbremse für Neuvermietungen. Wie die Forderungen der Initiative Mietenvolksentscheid zeigen, gibt es viele Möglichkeiten, es braucht nur den politischen Willen, diese umzusetzen. Doch

genau daran mangelt es sowohl im Bundestag als auch im Berliner Senat. Denn anstatt besser spät als nie zu handeln und endlich für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, werden Menschen, die ohnehin schon einen langen Leidensweg hinter sich haben, in unwürdigen Bedingungen zusammengepfercht und Menschen mit geringen Einkommen an die Ränder der Stadt gedrängt.

Angemessene Wohnbedingungen sind ein soziales Menschenrecht, das jedem zusteht. Sowohl allen Bürgerinnen und Bürgern als auch den Geflüchteten. Es darf kein entweder oder geben!

Zurück zum Anfang

Zoobesuch mit Geflüchteten



Foto: eigenes Foto

Ein unvergessliches Erlebnis hatten geflüchtete Kinder und Ihre Eltern aus der Notunterkunft in der Colditzstraße am 26. September 2015. Nachdem die Bundestagsabgeordnete Azize Tank Karten zur Verfügung stellte, fand einige geflüchtete Menschen Abwechslung von ihrer schwierigen Situation und konnten einen ganzen Tag lang die vielen unterschiedlichen Tiere bestaunen, die der Berliner Zoo zu bieten hat. Ihre grundlegenden Sozialen Menschenrechte nach angemessenem Wohnraum, Bildung und Arbeit bleiben diesen Menschen bislang

verwehrt. Umso wichtiger ist es für sie, von Zeit zu Zeit etwas Besonderes zu erleben und ein Stück gesellschaftliche Teilhabe zu erfahren.

Zurück zum Anfang

Fehlende Planungssicherheit für selbstverwaltete Jugendarbeit.

Verantwortliche Bezirkspolitik sieht anders aus



Foto: DIE LINKE Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg

Den beiden selbstverwalteten Jugendzentren Drugstore und Potse wird nach Kündigung ihres bisherigen Nutzungsvertrages zum Jahresende mit dem Bezirksamt wohl eine Gnadenfrist von 2 Jahren für den Weiterbetrieb gewährt, danach soll nach mündlicher Aussage des Bezirksamtes jedoch am Standort endgültig Schluss sein.

Privatisierung öffentlicher Gebäude

Die Grundlage für diese Fehlentwicklung wurde bereits in den 80er Jahren gelegt: Das bis dahin öffentliche Gebäude, in dem sich die beiden Zentren befinden, wurde an die BVG verkauft. Schon

damals warnten Kritiker leider vergeblich, dass ein Verkauf des Gebäudes langfristig zur Gefährdung der wichtigen Jugendeinrichtungen im Schöneberger Norden führen wird.

Vor einigen Jahren verkaufte schließlich die BVG das Haus an einen privaten Investor. Folge ist, dass der jetzige Eigentümer den Mietpreis von 7,22€ auf 11,50€ pro m² für die beiden Zentren und für das benachbarte Jugend – und Kulturhaus PallasT des Stadtteilvereins Schöneberg erhöht hat, den das Bezirksamt nicht mehr bereit ist, zu zahlen.

Bis kurz vor „Toresschluss“ wurden die Jugendlichen im Unklaren gelassen, wie es mit ihnen weitergeht. Es gab nur eine unverbindliche Bereitschaftserklärung seitens des Bezirksamtes, die Zentren erhalten zu wollen. Trotz gegenteiliger Behauptung wurden die Jugendlichen in den letzten Wochen nicht über den Stand der Verhandlungen mit dem Vermieter und über das weitere konkrete Vorgehen des Bezirksamtes informiert. In der letzten Woche vor Weihnachten können sich die Jugendlichen nur auf eine mündliche Zusage des zuständigen Bezirksstadtrates Schwork (SPD) vom Ende November zum Erhalt der Einrichtungen über den 01. Januar hinaus verlassen, eine schriftliche Bestandsgarantie (z.B. ein neuer Nutzungsvertrag) liegt nicht vor.

Älteste selbstverwaltete Jugendzentren der Stadt

In den seit nunmehr 40 Jahre bestehenden Jugendeinrichtungen haben junge Menschen auch aus sogenannten „sozialen Randgruppen“ jenseits des üblichen kommerziell-kapitalistischen Alltags Raum für eigene Veranstaltungen und produktive Selbstverwirklichung. Hier finden Rockkonzerte, Soli – und Infoveranstaltungen, Lesebühnen, Filmvorführungen statt. Die Räume bieten Musikgruppen Probemöglichkeiten und NutzerInnen viele Möglichkeiten, sich z.B. im Fotolabor oder in der Siebdruckwerkstatt kreativ zu betätigen.

Hier findet ein umfassendes und vor allem kostenfreies Angebot statt, das ausschließlich in ehrenamtlicher Arbeit realisiert und von einer wachsenden Anzahl von Jugendlichen genutzt wird. Das Bezirksamt bemüht sich bei jeder öffentlichen Gelegenheit zu versichern, dass Alternativen für den Weiterbetrieb gefunden werden sollen.

Jugendliche werden lange Zeit „hängen gelassen“

Zunächst wurden von Seiten des Bezirksamtes in einer gemeinsamen Begehung Räume in der Kurfürstenstraße als Alternative präsentiert. Der Haken: Die Räume befinden sich in einem Wohnhaus und direkt am Straßenstrich, der verglaste Laden ist für Konzerte völlig ungeeignet, und der dortige Vermieter hatte sich nicht dazu geäußert, ernsthaft ein Jugendzentrum in seinen Räumen aufzunehmen.

Dann kündigte die Vorsitzende des bezirklichen Jugendhilfeausschusses Mareike Höppner (SPD) in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 16. September nach salbungsvoller Würdigung der Arbeit der beiden Jugendzentren an, dass Drugstore und Potse wohl „nach nebenan“ umziehen müssten. Das hätte die Aufgabe der bisherigen Räume und ein Einzug in einen Teil der Räume des benachbarten PallasT bedeutet. Der propagierte Einzug zweier linker autonomer, selbstverwalteter Jugendzentren in Räume eines freien Trägers der Jugendhilfe mit hauptamtlich tätigen Sozialarbeitern zeugte nicht gerade von Fingerspitzengefühl der im Bezirk Verantwortlichen: Selbstverwaltete autonome Jugendkultur lässt sich mit oft als „fremdbestimmt empfundener“ hauptamtlicher Sozialarbeit nur schwer unter einem Dach vereinbaren.

Schließlich wurde jetzt als Zwischenlösung die Reduzierung, der vom PallasT für die Kinderbetreuung genutzten Flächen zum Jahresende beschlossen, um auch bei gestiegenem Quadratmetermietpreis eine Erhöhung der Ausgaben für die Mieten zu verhindern.

Einbau von Stromzählern wichtiger als die Sicherung der Schöneberger Kinder – und Jugendzentren?

In der Bezirksverordnetenversammlung vom 25. September forderten in einem gemeinsamen Antrag die beiden Bezirksverordneten der LINKEN und die beiden ehemaligen Bezirksverordneten der Piraten in der BVV (Gruppe „Politik ohne Partei“), dass die von den Grünen vorgeschlagenen zusätzlichen 50.000 Euro für den Einbau von Wärmemengen – und Stromzählern in öffentlichen Gebäuden (zu finden unter Maßnahmen des Energie- und Gebäudemanagements) für die Risiken bei der Fortführung der Kinder – und Jugendeinrichtungen PallasT, Drugstore und Potse verwendet werden sollen. Ohne auf die Argumente auch nur einzugehen, wurde nach mehrstündiger Debatte von der Mehrheit der BVV aus SPD, Grünen und CDU beschlossen, die Mietausgaben für die drei Jugendeinrichtungen auf den bisherigen Stand einzufrieren und die 50000,- wie von den Grünen vorgeschlagen-, für die Strom – und Wärmehäufiger zu verwenden. Bei einem Haushaltstitel für Gebäudebewirtschaftung, der bereits 2.245.000 Euro umfasst, ein „Tropfen auf den heißen Stein“, hingegen für die Risikoabdeckung für die bedrohten Jugendzentren eine überlebenswichtige Summe!

Die LINKE Tempelhof-Schöneberg

- Wir fordern den Erhalt der beiden ältesten, selbstverwalteten Jugendfreizeiteinrichtungen Berlins „Drugstore“ und „Potse“. Sie sorgen dafür, dass hunderte junge Menschen ihre Freizeit selbstbestimmt sinnvoll und kreativ gestalten können, bei freiem Eintritt und komplett ehrenamtlicher Arbeit. Diese Angebote müssen gerade in Zeiten zunehmender Kommerzialisierung erhalten bleiben!
- Wir fordern die Verantwortlichen auf, alle Anstrengungen für den bedarfsgerechten Weiterbetrieb von „Drugstore“, „Potse“ und PallasT zu unternehmen! Die Jugendzentren dürfen weder geschlossen, verkleinert, noch in ein anderes Stadtgebiet verpflanzt werden, da sie für junge Menschen vor Ort feste Anlaufstellen sind und diese möglicherweise verloren gingen.
- Wir fordern vom Senat, nicht länger tatenlos zuzusehen, wie die Angebote der allgemeinen Kinder – und Jugendarbeit in den Bezirken abgebaut werden. Die vom Rat der Bürgermeister und von allen zuständigen Bezirksstadträtinnen und – räten geforderten 14,1 Millionen Euro für die Bezirke, die mindestens notwendig wären, um bestehende Angebote in der Stadt wenigstens zu erhalten, wurden vom Finanzsenat auf 4,9 Millionen geschrumpft. Wir werden den berlinweiten Abbau von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche nicht hinnehmen! Jugendarbeit muss ebenso wie die Förderung der Kinder in Kindertagesstätten als Pflichtaufgabe begriffen werden!

Schlussbemerkung

In Zeiten rassistischer Vorurteile und Übergriffe dürfen wir einen sozialen Kahlschlag mit kultureller Verödung sozial belasteter Stadtteile nicht zulassen!

Wenn,- wie unlängst geschehen-, gerade in Nord-Schöneberg der wachsende Bedarf an „Hilfen zur Erziehung“ die personelle Verstärkung in diesem Bereich des Jugendamtes notwendig gemacht hat, muss Prävention gestärkt und darf es daher keine Schließung oder Reduzierung der Angebote von Jugendzentren geben!

Carsten Schulz (Bezirksvorsitzender der LINKEN Tempelhof-Schöneberg)

Zurück zum Anfang

Frauensalon mit Azize Tank: Von Frauen für Frauen!



Foto: eigenes Foto

Unter dem Titel „Frauensalon“ treffen sich regelmäßig Frauen allen Alters und sozialer Herkunft und Berufe, mit und ohne Migrationshintergrund und Vertreterinnen von Berliner Frauenorganisationen im Bürgerbüro von Azize Tank. Der Frauensalon bietet eine Plattform, um sich auszutauschen, Veranstaltungen zu frauenspezifischen Themen zu organisieren und politische Fragen aus weiblicher Perspektive zu beleuchten. Neben Themen wie Sexismus, Feminismus, Karriere und Beruf wird dabei u. a. auch zur Situation von geflüchteten Menschen und Rassismus diskutiert. Anlässlich des Internationalen Frauentages am 08. März 2016 stellt

der Frauensalon mit einer Veranstaltung die Themen Gleichberechtigung und Emanzipation als nach wie vor zentrale gesellschaftliche Forderungen in den öffentlichen Diskurs. Dieses Jahr wird die Veranstaltungen einen inhaltlichen Schwerpunkt zu Krieg, Vertreibung und Fluchtursachen haben. Im ersten Teil werden Auszüge aus Reden und Briefe gegen den Krieg und für Frieden von Rosa Luxemburg vorgetragen. Im zweiten Teil kommen geflüchtete Frauen zu Wort, die von ihren persönlichen Fluchtursachen berichten.

Halbjährlicher Stammtisch im Restaurant Baba Angora



Foto: eigenes Foto

In regelmäßigen Abständen lädt Azize Tank Bürgerinnen und Bürger, Freunde und Bekannte zum Stammtisch in das Restaurant „Babba Angora“ ein. Der Stammtisch bietet die Möglichkeit, sich bei Essen und Trinken und in angenehmer Atmosphäre über aktuelle Themen und politische Entwicklungen in Tempelhof-Schöneberg und Berlin auszutauschen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen sich einzubringen oder einfach nur mit dabei zu sein. Die Termine für den Stammtisch werden rechtzeitig auf der Homepage veröffentlicht oder sind im Wahlkreisbüro zu erfragen.

Zurück zum Anfang

Informationen

Wichtige Informationen und lesenswerte Texte

Die Bundestagsabgeordnete Azize Tank setzt sich gerichtlich gegen den NPD-„Heimkehrungsbeauftragten“ durch. [mehr](#)

Rede der Bundestagsabgeordneten Azize Tank vom 2. Oktober 2015 im Deutschen Bundestag „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss von Toleranz getragen werden“ als Video und im Wortlaut [mehr](#)

Dr. Hendrik Cremer vom Deutschen Institut für Menschenrechte zum Umgang der Justiz mit rassistischen Straftaten [mehr](#)

Eine Zusammenstellung von Publikationen aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den aktuellen Entwicklungen von Pegida, AfD und Co. [mehr](#)

Arbeitsentwurf zum Wahlprogramm für die Berliner Abgeordnetenhauswahl 2016 von DIE LINKE Berlin [mehr](#)

Blog von DIE LINKE Berlin [mehr](#)

Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreis 2015“ durch die Eberhard-Schultz-Stiftung für Soziale Menschenrechte und Partizipation [mehr](#)

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zur Situation geflüchteter Frauen in Deutschland [mehr](#)

Zurück zum Anfang

Wichtige Abstimmungen im Bundestag in den letzten Monaten

17.12.2015: Bundeswehreinsatz in Afghanistan (Resolute Support) und im Mittelmeer (Operation ACTIVE ENDEAVOUR)

Der Bundestag beschließt einen völkerrechtswidrigen Militäreinsatz in Syrien. Nur die Fraktion DIE LINKE stimmt geschlossen mit „Nein“.

04.12.2015: Bundeswehreinsatz gegen Terrororganisation IS. 12.2015: Entschließungsantrag Die Linke: Bundeswehreinsatz gegen Terrororganisation IS

Die Fraktion DIE LINKE bringt einen **Antrag** ein, wie die Terrororganisation IS im Rahmen des Völkerrechts bekämpft werden kann.

27.11.2015: Haushaltsgesetz 2016

Der Flüchtlingssituation und finanzieller Notlagen der Kommunen zum Trotz beschließt die große Koalition die zweite „Schwarze Null“ in Folge

06.11.2015: Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung

Der Bundestag beschließt, dass geschäftsmäßige Suizidbeihilfe mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet wird.

11.2015: Betreuungsgeld für den Kitausbau nutzen

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend spricht sich gegen den **Antrag der Fraktion DIE LINKE** aus, die freiwerdenden Mittel aus dem für verfassungswidrig erklärten Betreuungsgeld, vollständig für den Kitausbau zu verwenden. Die große Koalition lehnt den Antrag ab.

16.10.2015: Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten

Trotz großer Proteste und obwohl Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof die vorherigen Vorstöße zur Vorratsdatenspeicherung kippten, beschloss die große Koalition aus CDU/CSU und SPD nun erneut die massenhafte Erfassung von Kommunikationsdaten ohne Anlass.

15.10.2015: Asylverfahrensbeschleunigung

Die große Koalition beschließt mit Unterstützung von Bündnis 90/Grünen eine höchst umstrittene Verschärfung des Asylrechts, z.B.:

Die Ausdehnung des Zwangsaufenthalts in der Erstaufnahmeeinrichtung auf bis zu sechs Monate, die Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips und die Ausdehnung des Arbeitsverbotes auf sechs Monate. Besonders entwürdigend ist der geplante Umgang mit Flüchtlingen aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“. Sie sollen bis zu ihrer Abschiebung in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden - de facto heißt das auf unbestimmte Zeit.

02.10.2015: Renten in Ostdeutschland

Der Bundestag folgt der Empfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, den **Antrag der Fraktion DIE LINKE** zur Verbesserung der Situation Ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner abzulehnen.

01.10.2015: Sanktionen bei Hartz IV und Sozialhilfe, Antrag Die Linke

Der Bundestag lehnt einen **Antrag der Fraktion DIE LINKE** ab, der die Abschaffung sämtlicher Sanktionen bei Hartz IV und Sozialhilfe fordert.

19.08.2015: Stabilitätshilfe für Griechenland

Der Bundestag beschließt ein weiteres „Rettungspaket“ für Griechenland. Weitere harte Sparmaßnahmen werden gegen den Willen Griechenlands erzwungen, obwohl die Austeritätspolitik in den vergangenen Jahren krachend gescheitert ist.

[Zurück zum Anfang](#)

Veranstaltungen und Termine

Bürgersprechstunde mit Azize Tank

In meiner Bürgersprechstunde gebe ich Ihnen regelmäßig die Gelegenheit, mich persönlich in meinem Wahlkreisbüro in der Grunewaldstraße 73 anzutreffen.

Dort nehme ich mir Zeit für Sie und habe ein offenes Ohr für Ihre Fragen, Anregungen und Sorgen.

Um unnötige Wartezeiten zu vermeiden, melden Sie sich bitte telefonisch oder via E-Mail an.

Die nächsten Termine:

Mittwoch, 13. Januar 15:00 – 17:00 Uhr

Dienstag, 09. Februar 16:00 – 18: Uhr

Dienstag, 1. März | Mittwoch, 16. März jeweils von 16:00 bis 18:00 Uhr

Donnerstag, 7. April | Mittwoch, 27. April jeweils von 16:00 bis 18:00 Uhr

Rechtsberatung

An jedem ersten und dritten Donnerstag im Monat findet in meinem Wahlkreisbüro eine kostenfreie juristische Erstberatung statt. Claus Förster, Fachanwalt für Sozial- und Strafrecht steht Ihnen dafür kompetent zur Verfügung. Um Voranmeldung per Telefon oder E-Mail wir gebeten.

Die nächsten Termine:

7. Januar | 21. Januar

4. Februar | 18. Februar

3. März | 17. März jeweils donnerstags um 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Zurück zum Anfang

Veranstaltungen

Samstag, 16. Januar 2016, ab 10:00 Uhr, Alte Börse 59 in Marzahn

»Unser Plan für ein soziales und ökologisches Berlin« Basiskonferenz DIE LINKE Berlin

Derzeit arbeitet eine Programmkommission mit Hochdruck an einem Entwurf für ein Wahlprogramm, den wir breit diskutieren möchten. Dazu laden wir zur Basiskonferenz. [mehr](#)

Montag, 18. Januar 2016 19.30 Uhr, Münzenberg-Saal (Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1

Wer hat Angst vorm Bedingungslosen Grundeinkommen? Mythen und Fakten

Die Tageszeitung »neues deutschland« und die LAG Bedingungsloses Grundeinkommen Berlin laden ein zu einer Podiumsdiskussion. Es nehmen teil:

Fabian Lambeck, Redakteur, neues deutschland

Lisa Paus, Bundestagsfraktion Die Grünen

Martin Delius, Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin

Olaf-Michael-Ostertag, LAG Bedingungsloses Grundeinkommen [mehr](#)

Freitag, 22. Januar, ab 19 Uhr im berlinxxnet in der Greifswalder Straße 220

Mit 3D-Druckern den Sozialismus ausdrucken?

Die allseits beliebte Reihe »Das Internet und der Sozialismus«, eine Zusammenarbeit vom Bürgerbüro BerlinXXnet, der Ema.Li Berlin und der LAG Netzpolitik Berlin findet auch im neuen Jahr seine Fortsetzung. [mehr](#)

Mittwoch, 27. Januar: Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Donnerstag, 28. Januar, 18:00 Uhr bis 21:30 Uhr, Denkerei am Oranienplatz 2 in 10999 Berlin:

Steuerflucht internationaler Konzerne und die Folgen für Entwicklungsländer mit Sahra Wagenknecht und Niema Movassat

Durch Steuertricks, Steuerhinterziehung und -vermeidung entgehen Entwicklungsländern pro Jahr geschätzte 100 Milliarden US Dollar. Das Geld fehlt ihren Staatshaushalten für den Aufbau öffentlicher Infrastruktur. Die Folgen sind fatal: weniger Bildungseinrichtungen, weniger Gesundheitssysteme, weniger Armutsbekämpfung – mehr Elend. [mehr](#)

Freitag, 12. Februar, 17:00 Uhr, Rathaus Schöneberg Raum 195:

„Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen.“

Zu Gast sind die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Wolfgang Gehrcke und der Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus für die Fraktion Die Linke im Bundestag Gerd Wiegel.

Anschließend um 19:00 Uhr:

Gemeinsamer Neujahrsempfang der Bundestagsabgeordneten Azize Tank und des Bezirksverbands DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg

Mit einem Kulturbeitrag der Theater Truppe Schöneberg, Buffet, Musik und Gesprächen.

Donnerstag, 3. März 2015, 14-17 Uhr, Deutscher Bundestag, Fraktionssaal

Fachgespräch der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Soziale Menschenrechte im Focus - Aufbruch oder Stillstand? Aufnahme sozialer Grundrechte ins Grundgesetz DIE LINKE. steht für ein klares Bekenntnis zur Unteilbarkeit, Gleichwertigkeit, Interdependenz und Universalität aller Menschenrechte. Die Verwirklichung von Sozialen Menschenrechten muss auch angesichts aktueller Krisen stärker in den

Fokus der Debatte um soziale Gerechtigkeit gerückt und zu einem zentralen Instrument einer sozialen Politik werden.

Ein Ziel des Fachgesprächs besteht darin, die Notwendigkeit der Aufnahme Sozialer Grundrechte ins Grundgesetz zu erörtern und die damit zusammenhängenden Chancen für deren Durchsetzung und Justiziabilität offen zu legen. Vor diesem Hintergrund wollen den in der 16. WP bereits erarbeiteten Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes – Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz“ (BT-Drs. 16/13791) neu aufleben lassen.

Dienstag, 8. März, 18:30 Uhr, Wahlkreisbüro Azize Tank, Grunewaldstr. 73

Auszüge von Reden und Briefe gegen den Krieg und für Frieden von Rosa Luxemburg/ Geflüchtete Frauen berichten von ihren persönlichen Fluchtursachen

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 08. März 2016 stellt der Frauensalon mit einer Veranstaltung die Themen Gleichberechtigung und Emanzipation als nach wie vor zentrale gesellschaftliche Forderungen in den öffentlichen Diskurs. Dieses Jahr wird die Veranstaltungen einen inhaltlichen Schwerpunkt zu Krieg, Vertreibung und Fluchtursachen haben. Im ersten Teil werden Auszüge aus Reden und Briefe gegen den Krieg und für Frieden von Rosa Luxemburg vorgetragen. Im zweiten Teil kommen geflüchtete Frauen zu Wort, die von ihren persönlichen Fluchtursachen berichten.

[Zurück zum Anfang](#)

Impressum

Um den Newsletter abzubestellen oder bei Fragen an die Redaktion, schreiben Sie bitte an azize.tank.wk@bundestag.de

V.i.S.d.P: Azize Tank, MdB, Wahlkreisbüro, Grunewaldstr. 73, 10823 Berlin, Telefon: (030) 98 354 777, E-Mail: azize.tank.wk@bundestag.de

Disclaimer / Hinweis zur Problematik von externen Links

Azize Tank ist als Inhaltsanbieterin nach § 5 Abs.1 Mediendienste-Staatsvertrag für die „eigenen Inhalte“, die sie zur Nutzung bereithält, nach den allgemeinen Gesetzen verantwortlich. Von diesen eigenen Inhalten sind Querverweise („Links“) auf die von anderen Anbietern bereitgehaltenen Inhalte zu unterscheiden. Durch den Querverweis hält Azize Tank insofern „fremde Inhalte“ zur Nutzung bereit, die gekennzeichnet sind. Für diese fremden Inhalte ist sie nur dann verantwortlich, wenn sie von ihnen (d.h. auch von einem rechtswidrigen bzw. strafbaren Inhalt) positive Kenntnis hat und es ihr technisch möglich und zumutbar ist, deren Nutzung zu verhindern (§ 5 Abs.2 Mediendienste-Staatsvertrag).